

Medienmitteilung

Delegiertenversammlung BDP Schweiz in Thun

Mit einer lösungsorientierten Sachpolitik die Zukunft der Schweiz mitgestalten

Die Delegierten der Bürgerlich-Demokratischen Partei der Schweiz BDP haben sich heute in Thun zur ersten Delegiertenversammlung 2014 getroffen und drei Parolen gefasst: „Ja“ zu FABI, „Nein“ zur Abtreibungsinitiative und „Nein“ zur Mindestlohninitiative. Mit der Präsentation des Bildungspapieres hat die BDP zu einem weiteren wichtigen Schwerpunktthema klar Stellung bezogen. Parteipräsident Martin Landolt betonte in seiner Rede, dass das Jahr 2014 zahlreiche Weichenstellungen beinhaltet, welche das Erfolgsmodell Schweiz auf die Probe stellen werden.

Ausblick auf das Politjahr 2014

Martin Landolt warnte in seiner Rede davor, Volksinitiativen am Laufmeter als politische Marketinginstrumente zu missbrauchen: „Nun, ich bin der Letzte, der etwas dagegen hat, das Stimmvolk zu konsultieren. Schliesslich ist dies eine fast einzigartige Errungenschaft der Eidgenossenschaft. Ich bin einfach nicht immer sicher, ob es den Initianten jeweils wirklich darum geht, das Stimmvolk nach seiner Meinung zu fragen. Immer öfter habe ich den Eindruck, dass es nur darum geht, seine eigene Meinung möglichst prominent zu kommunizieren.“ Es falle auf, dass die Angriffe auf das Erfolgsmodell Schweiz abwechselnd von links und von rechts kommen, so Martin Landolt. Die BDP werde sich weiterhin entschieden gegen verschlechterte Rahmenbedingungen wehren, weil diese nicht nur die Wirtschaft treffen, sondern im Endeffekt alle. Der Wohlstand der Schweiz hänge von einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik ab. „Und diese Wirtschaftspolitik will die BDP mitgestalten, weiterentwickeln, aber auch verteidigen. Verteidigen gegen die verschiedenen schädlichen Initiativen von links und rechts. Der Absender spielt keine Rolle: Wir stehen hier in der Mitte und polemisieren nicht. Wir stehen hier in der Mitte und wollen mit einer lösungsorientierten Sachpolitik die Zukunft dieses Landes mitgestalten.“

Positionspapier Bildung

Die BDP steht hinter dem Schweizer Bildungssystem. Sie fordert und fördert dessen stete, zielgerichtete sowie qualitative Weiterentwicklung. Bildung ist DER Rohstoff der Schweiz, zu dem Sorge getragen werden muss. Die Bildungslandschaft hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Die BDP ist überzeugt, dass vieles gut ist, es aber auch noch einige Aufgaben anzupacken gilt. Fachkräftemangel, Anpassung der Berufsschulen auf die Kompetenzen der Schulabgänger, Berufslehren auch für schwächere Schülerinnen und Schüler und der Umgang mit ausländischen Studierenden in Fachhochschulen und Hochschulen, um einige der Herausforderungen zu erwähnen. Die BDP ist aufgeschlossen gegenüber neuen Erkenntnissen im Bildungswesen und unterstützt zusätzliche Bildungswege, die sich aufgrund neuer Kommunikationstechnologien eröffnen. Die BDP wird sich v.a. für ein leistungsorientiertes und hochstehendes Bildungssystem, für die frühe ganzheitliche Förderung, für ein verbessertes Angebot von Tagesstrukturen, für das duale Bildungssystem, für die interkantonale Harmonisierung der Lehrpläne und für die Kompetenzorientierung gemäss Lehrplan 21 einsetzen.

Ja zu FABI (152 Ja- zu 10 Nein-Stimmen; 4 Enthaltungen)

Mit dem „Ja zu FABI“ sagen die Delegierten der BDP klar „Ja“ zu einem starken öffentlichen Verkehr. Die Finanzierung ist ausgewogen und tragbar. FABI investiert nicht nur in den Ausbau der Bahn, sondern auch in den Unterhalt und in die Sicherheit. Zudem ist der öffentliche Verkehr ein Standortvorteil für die Schweiz und bringt Regionen - Stadt und Land - zusammen.



Nein zur Volksinitiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“ (147 Nein- zu 2 Ja-Stimmen; 1 Enthaltung)

Die Initiative senkt weder die Kosten im Gesundheitswesen noch die Zahl der Abtreibungen, sondern schafft einen administrativen Mehraufwand und eine Rechtsunsicherheit für die betroffenen Frauen. Die Finanzierung über die Krankenversicherung garantiert die Solidarität und führt dazu, dass auch Männer über die Prämie Verantwortung mittragen.

Nein zur Mindestlohninitiative (159 Nein- zu 2 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen)

Die Initiative ist gut gemeint, aber untauglich. Der liberale Schweizer Arbeitsmarkt funktioniert gut und ist ein wesentlicher Bestandteil des Erfolgsmodells Schweiz. Auf Experimente, wie sie die Initiative mit staatlichen Lohnvorschriften vorschlägt, ist unbedingt zu verzichten. Der vorgesehene Mindestlohn ist höher als in allen anderen Ländern und würde Arbeitsplätze vernichten. Ausserdem ist keine Differenzierung nach Branche, Region und Ausbildung möglich und die höheren Löhne würde sowohl Produkte wie Dienstleistungen für alle verteuern.

Die nächste Delegiertenversammlung findet am 5. April 2014 in Luzern statt.

Die Referate und alle Unterlagen (Positionspapier Bildung, Positionen der BDP, Zahlen und Fakten, Abstimmungsparolen auf einen Blick) der heutigen Parteiversammlung finden Sie auf unserer Homepage www.bdp.info.

Auskunft:

NR Martin Landolt, 079 620 08 51

NR Lorenz Hess, 079 356 59 26

NR Rosmarie Quadranti, 079 865 66 11

NR Hans Grunder, 079 300 29 87

NR Urs Gasche, 079 222 55 79

11.01.2014